

Bernd Marin

Recent Weekly Columns

Der Standard, Wien, 3.4.2006

Fiskus und Alterung

Die Generaldirektion für Wirtschaft- und Finanzen der EU-Kommission stellt im jüngsten Bericht über die Auswirkungen der Alterung auf die öffentlichen Ausgaben 2004–2050 Europa ein Besorgnis erregendes, Österreich hingegen ein eher gutes Zeugnis. Dass die OECD viele Entwicklungen pessimistischer – oder realistischer? – sieht als die Kommission sollte freilich ebenso zu denken geben wie manche allzu kühnen Modellannahmen.

Was steht ausser Streit? Bis 2011 fördern Demografie *und* Arbeitsmarkt das Wachstum. Ein letztes Zeitfenster für Reformchancen: In fünf Jahren müssen alle Weichen langfristig gestellt sein. Denn 2012 bis 2017 wird nur noch steigende Beschäftigung den Rückgang erwerbsfähiger Bevölkerung ausgleichen können. Ab 2018 wird der Alterungseffekt alles beherrschen und bis 2050 die bisherige Welt auf den Kopf stellen: schon ab 2010 wird die EU-Erwerbsbevölkerung um 48 Millionen abnehmen, die Zahl der über 65-Jährigen dagegen um 58 Millionen zunehmen. Bis 2017 werden wir fast 20 Millionen mehr Beschäftigte, bis 2050 dann bis zu 30 Mio weniger, insgesamt also 10 Mio weniger Arbeitskräfte haben als heute. Nichts als unvorstellbare Zahlen?

Stellen Sie sich doch einmal eine Welt vor, in der jede(r) sechste im arbeitsfähigen Alter ausfällt, weit mehr als doppelt so viele wie derzeit arbeitslos sind. In der die Zahl der Älteren ab 65 (mit Jahrzehnten Lebenserwartung vor sich) um 77 (!) Prozent und die der über 80-Jährigen drei Mal (300%) höher ist. In der die mittlere Wahl-erIn knapp unter dem heutigen Frühpensionsalter ist und der Autoverkehr weit mehr ältere Damen als junge Männer hab-

en wird. In der in Österreich bis zu einer Dreiviertel-Million Prime Agers unter 50 Jahren fehlen und, nach heutiger Sitte, drei Millionen Pensionisten und fast so viele Pfllebedürftige wie Kinder und Jugendliche leben werden. Die große Mehrheit der LeserInnen wird das noch erleben.

Weniger Beschäftigung bremst auch Wachstum und Wohlstand: Wachstumsraten werden von heute 2.2 auf 1.3% bzw. im derzeitigen Wachstumsmotor Osteuropa 2031-2050 von 4.3 auf 0.9% sinken. Umgekehrt steigt der Anteil altersbedingter Staatsausgaben am BIP für Pensionen, Gesundheit, Langzeitpflege usw. um 40 Prozent. Hier zeigen sich freilich enorme Unterschiede zwischen den 25 EU-Ländern – und Österreich schneidet vergleichsweise sehr gut ab, weil die Pensionsreformen seit 2000 greifen und die Kosten der Alterssicherung nachhaltig senken werden – ab 2033!

Freilich liegen den Projektionen teils hoch problematische Annahmen zugrunde: etwa künftig um 36% geringere Zunahmen an Lebenserwartung als in den letzten Jahrzehnten, wo sich der Trend seit 1985 nur noch bis 2019 fortsetzen und dann absinken – und überdies in Europa konvergieren – würde. Diese Annahme ist wohl ähnlich unrealistisch wie die eines Rückgangs der Nettoeinwanderung in die EU von 1,35 Millionen heute auf etwa 850.000, ein Niveau der 1980er Jahre; die „no policy change“-Annahme; oder die über die „Gültigkeit der Lissabon-Ziele“, die schon für sich wenig ehrgeizig, auch noch erst 2013 bis 2020 statt 2010 erreicht werden sollen. Mit Prognose-Ungewissheiten und politischer Ambitionslosigkeit dieser Größenordnungen – etwa Erwerbszielen, die Europa dauerhaft 25 bis 50 Jahre hinter den USA herhinken lassen – wird nämlich den von der Kommission diagnostizierten Herausforderungen nicht beizukommen sein. Der EU-Bericht wird morgen im Finanzministerium vorgestellt und diskutiert.